

---

# **Erklärung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ["Dolchstoßlegende"], 18. November 1919**

---

## **Zusammenfassung**

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg, der Zusammenbruch der bestehenden Ordnung sowie die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages und die damit verbundene Beschuldigung, die Kriegskatastrophe entfesselt zu haben, waren eine schwere Hypothek für die erste deutsche Demokratie. Kein Wunder, daß man nach einer für alle sozialen Gruppen akzeptablen Erklärung des Geschehens suchte. Das Erklärungsmuster, welches bereits gegen Ende des Krieges entworfen worden war, erhielt durch die Erklärung des Generalfeldmarschalls Hindenburg in der öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses am 18. November 1919 seinen quasi-offiziellen Segen. Der berühmte Feldherr des Ersten Weltkrieges sprach die deutschen Militärs von der Verantwortung für den Kriegsausbruch und von der Schmach der Niederlage frei, indem er behauptete, Politiker im Hinterland, Parteifunktionäre und Revolutionäre hätten der Armee einen verräterischen Dolchstoß in den Rücken versetzt und auf diese Weise das deutsche Volk um den verdienten Sieg gebracht. Von 1919 bis 1933 trug die Dolchstoßlegende zur Destabilisierung der politischen Lage in der Weimarer Republik bei und wurde von politischen Kräften unterschiedlicher Couleur erfolgreich als Kampfmittel gegen die neue Staatsform und ihre Vertreter eingesetzt.

## **Einführung**

Noch im Sommer 1918 bemühte sich die deutsche Propaganda eifrig darum, die Bevölkerung von einem baldigen Sieg der deutschen Waffen zu überzeugen: Für dessen Unvermeidlichkeit sprach der Friedensschluß von Brest-Litovsk, der dem Krieg an der Ostfront ein Ende setzte und Deutschland einen enormen territorialen Zuwachs und einen großen Einflußbereich sicherte. An der Westfront bestand die deutsche Besatzung in Belgien und in Frankreich fort – der Krieg tobte im Ausland, nicht auf deutschem Boden. Daher verwundert es nicht, daß die Ereignisse von November 1918 – der Thronverzicht des Kaisers, die Revolution und die Verkündung einer neuen Staatsform, schließlich die Unterzeichnung des Waffenstillstandes, mit dem die Niederlage im Krieg anerkannt wurde – sowohl für die Mehrheit der Soldaten an der Front als auch für die Bevölkerung im Hinterland völlig unerwartet kamen.

Der Friedensvertrag, der Deutschland aufgezwungen wurde, widersprach den Bedingungen des Waffenstillstands und den Deklarationen des US-Präsidenten über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Deutschland verlor einen bedeutenden Teil seines Territoriums und sämtliche Kolonien; zudem mußte es sich zu Reparationszahlungen und umfassender Demilitarisierung verpflichten. Darüber hinaus erklärte der Vertrag das Deutsche Reich zum Hauptschuldigen am Ausbruch der Weltkatastrophe. Es waren nicht zuletzt die Kriegsniederlage und die Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die Regierung der Republik, die den ersten Versuch der Demokratiegründung in Deutschland politisch und kulturell

diskreditierten.

Der Militärelite des Reiches und den einfachen Deutschen fiel es schwer, gerade die militärische Niederlage Deutschlands anzuerkennen. Die Gesellschaft bemühte sich darum, dem Geschehen eine für sie akzeptable Deutung zu geben, um auf diese Weise ihre verlorene Einheit wiederherzustellen. Einen der ersten Versuche, der Katastrophe einen Sinn zu geben, unternahm der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert, der in seiner Begrüßungsrede für die heimkehrenden Soldaten erklärte, daß nicht der Feind Deutschland besiegt habe, sondern der Krieg wegen der Überlegenheit des Gegners an Truppenzahl und materiellen Ressourcen verloren worden sei. Dieses Deutungsmuster, das die politische Führung der Republik anbot, schlug jedoch im öffentlichen Bewußtsein keine Wurzeln.

Die Beschuldigungen, den Krieg angezettelt zu haben, führten zur Einrichtung einer Reihe von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die das Ziel verfolgten, Deutschland freizusprechen und im Gegenzug die Schuld der Alliierten nachzuweisen. Der zweite Untersuchungsausschuß stellte Nachforschungen über die Ursachen und Umstände an, die zur Ablehnung der Friedensangebote während der Kriegshandlungen geführt hatten. Die Konsequenz, die man aus der ersten Untersuchung zog, war, daß Vertreter der ehemaligen Regierung und der Obersten Heeresleitung, Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg, Vizekanzler Karl Helfferich, Generalfeldmarschall Hindenburg und General Erich Ludendorff vor den Ausschuß zitiert wurden. Bereits während der Vernehmung Helfferichs kam es zu einem handfesten Skandal, da er ein Ausschußmitglied, einen Vertreter der USPD, beschuldigte, Schmiergelder von der sowjetischen Regierung für die Vorbereitung der Revolution in Deutschland erhalten zu haben. Die Ankunft des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg in Berlin, der sich während des Krieges den Ruhm des "Siegens von Tannenberg" erworben hatte und gegen Kriegsende zu einer Art "Ersatzkaiser" avanciert war, wurde mit Pomp begangen: Vor dem Sonderzug erschien eine Ehrenwache der Reichswehr, die den Feldmarschall während seines Aufenthaltes in der Hauptstadt beschützte.

Am 18. November 1919, am Tag seiner Rede, waren in dem überfüllten Sitzungssaal des Parlamentarischen Ausschusses Vertreter der deutschen und der internationalen Presse zugegen. Der Platz, der für den Generalfeldmarschall bestimmt war, war mit einem Chrysanthemenstrauß geschmückt, auf dem eine schwarz-weiß-rote Schleife flatterte. Der Saal begrüßte Hindenburg, der in einer Paradeuniform erschien, im Stehen.

In seiner Erklärung rechtfertigte der Generalfeldmarschall die Maßnahmen der Dritten Obersten Heeresleitung, wobei er die Aufmerksamkeit der Zuhörer darauf lenkte, daß er und Ludendorff erst zwei Jahre nach Kriegsbeginn ihr Amt angetreten und eine faktisch aussichtslose Situation geerbt hatten, nachdem die Chancen, die der Schlieffen-Plan angeblich bot, endgültig vertan worden waren und die Überlegenheit der Entente an materiellen Ressourcen offensichtlich geworden war.

In seiner Rede appellierte Hindenburg an feste Stereotypen, die während des Krieges im öffentlichen Bewußtsein Deutschlands weit verbreitet waren, nationale Einheit stifteten und von den Zuhörern vermutlich als Wahrheitsoffenbarung aufgefaßt werden konnten. So hatte die Erwähnung zahlreicher Feinde die Zuhörer auf das Bild Deutschlands verwiesen, das von einer "Welt von Feinden" umzingelt sei – ein Bild, das die Unvermeidlichkeit des Krieges und den Griff der politischen und militärischen Führung des Landes nach Präventivmaßnahmen rechtfertigte.

Hindenburg hob insbesondere den neuen Charakter des vergangenen Krieges hervor, zu dessen Eigenarten ein beispielloser Anstieg der Truppenzahlen, die

entscheidende Rolle der Technik und die Abhängigkeit der Kampfstärke des Staates von seiner Wirtschaftskraft zählten. Bei allen genannten Qualitäten handelte es sich um Bestandteile der gegen Kriegsende und insbesondere in der Zwischenkriegszeit verbreiteten Konzeption des "totalen Krieges", zu deren Popularisierung zu einem bedeutenden Teil General Ludendorff beitrug. Insbesondere der neue Charakter des Krieges, so Hindenburg, habe die außerordentlichen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung an der Front und im Hinterland gerechtfertigt.

Es scheint kein Zufall gewesen zu sein, daß Hindenburg an die Autorität des Generals Carl von Clausewitz, des berühmten deutschen Militärtheoretikers der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, appellierte. Seine Abhandlung "Vom Kriege" wurde für die Offiziere des deutschen Generalstabs zu einer Art Bibel, die sie der deutschen Militärdoktrin zugrunde legten. Auf Clausewitz' Einfluß war es zurückzuführen, daß die deutsche Heeresleitung moralische Eigenschaften wie den Geist der Armee und das Militärgenie der Feldherren als entscheidende Faktoren betrachtete. Indem Hindenburg Clausewitz' berühmte Definition zitierte, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, sprach er die militärische Elite des Kaiserreiches von den Beschuldigungen, den Krieg angezettelt zu haben, frei und belastete damit zugleich die zivilen Politiker. Die Oberste Heeresleitung, die nach den Worten des Feldmarschalls keinen Krieg gewollt habe, sei zur Geißel der Fehlentscheidungen geworden, die die politische Führung des Reiches getroffen hatte, und ihr Handeln habe ausschließlich gute Vorsätze gehabt: innerhalb von kürzester Zeit den Krieg zu beenden und die Entwicklung des Landes in friedliche Bahnen zu lenken. Ein Beweis für die Möglichkeit eines erfolgreichen Kriegsausgangs für Deutschland waren die angeblich "glänzenden Siege", die er und Ludendorff an der Ostfront, vor allem in den Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen, errungen hatten.

Indem Hindenburg die deutschen Militärs von der Verantwortung für den Kriegsausbruch freisprach, befreite er den "guten Kern des Heeres" und das Offizierkorps auch von der Schmach der Niederlage. Damit belastete er, wie es inzwischen Tradition war, die Parteien, die die Einheit des Volkes untergraben würden, insbesondere aber die Revolutionäre, die die Flotte und das Heer "planmäßig" zersetzt hätten. Dabei stützte der Generalfeldmarschall seine These, daß der deutschen Armee ein verräterischer Dolchstoß in den Rücken versetzt worden sei, durch den Verweis auf eine angebliche Aussage des englischen Generals Maurice, die diesem von einem Korrespondenten der "Neuen Züricher Zeitung" noch im Dezember 1918 zugeschrieben worden war.

Zum Schluß seiner Rede versuchte Hindenburg, die Autorität seines Stabchefs und Mitinitiators der durchgeführten Kriegsmaßnahmen, General Ludendorff, wiederherzustellen, indem er sich im gleichen Maße verantwortlich für alle Beschlüsse erklärte, die von der dritten Obersten Heeresleitung gefaßt worden waren. Dieser taktische Griff entsprach vollkommen dem Ehrenkodex eines preußischen Offiziers und dem Prinzip der Verantwortung des Vorgesetzten für die Handlungen seines Untergebenen.

Allgemein herrschte die Ansicht, daß es den Vertretern der Militärelite des Reiches dank der Erklärung, die Hindenburg abgegeben hatte, gelungen war, den Repräsentanten der neuen republikanischen Staatsordnung eine schwere Niederlage zuzufügen. Zeitzeugen betonten das tiefe Mißtrauen der Militärs gegenüber dem Parlamentsforum und die Unentschlossenheit der Ausschußmitglieder angesichts der Autorität des Generalfeldmarschalls. In Anbetracht der positiven Aufnahme der Erklärung äußerten ausländische Journalisten ihre Zweifel an der politischen Zweckmäßigkeit des Prozesses. Fortan fristete der Zweite Untersuchungsausschuß

ein Schattendasein, und seine Gutachten wurden in der Presse weitgehend verschwiegen.

Die eigentliche Dolchstoßthese war Gegenstand der Verhandlung im Vierten Untersuchungsausschuß, der sich zum Ziel gesetzt hatte, festzustellen, welches Ausmaß die sozialen und moralischen Erosionsprozesse im Hinterland erlangt, welchen Einfluß sie auf die Armee und die Marine ausgeübt, und ob die Annexions- und Revolutionspropaganda sich auf den Kampfgeist der Truppen demoralisierend ausgewirkt hatten. Die Ergebnisse der Untersuchung, die der Militärführung zahlreiche Fehlentscheidungen nachweisen konnte, wurden jedoch der breiten Öffentlichkeit ebenfalls verschwiegen.

Die Dolchstoßlegende, die der politischen Führung im Hinterland die Schuld für die Niederlage gab, paßte gut in die politische und geistige Atmosphäre der Weimarer Republik. Sie bot die letzte Legitimation für soziale und politische Feindbilder, zu denen man Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten, linke Intellektuelle und Frauen erklärte. Während der gesamten Zeit der Republik wurde der Mythos von konservativen Kreisen gnadenlos instrumentalisiert, die sich darum bemühten, die Republik als Staatsform sowie ihre wenigen Anhänger in Mißkredit zu bringen. Am meisten waren für diese Erklärung der Kriegsniederlage die Frontsoldaten empfänglich, da sie dem Kampf, der ihnen ihre Jugend geraubt hatte, einen Sinn gab.

Seit den 1950er Jahren bewerten Historiker, die sich mit der Novemberrevolution und der Weimarer Republik beschäftigen, die Dolchstoßlegende vom Standpunkt ihrer liberalen Kritiker aus, bemühten sich, ihre Apologeten zu widerlegen und ihren negativen Einfluß auf die geistige Atmosphäre und die politische Lage in der ersten deutschen Demokratie nachzuweisen. In jüngsten Untersuchungen unternahmen Historiker den Versuch, die äußerst komplexe Entstehungsgeschichte des Dolchstoßtopos zu rekonstruieren. Sie zeigten, daß Deutungsmuster der Soldatenerfahrungen, die der Dolchstoßlegende sinnverwandt waren, lange vor dem plötzlichen Kriegsende entstanden waren. Die Feldpost der Soldaten belegt die negative Schutzreaktion der Armee in den Jahren 1917/1918 auf die Veränderung der innenpolitischen Lage. Bereits während des Aprilstreiks 1917 entstanden Ansätze für die Konfrontation zwischen der Front und dem Hinterland; zu diesem Zeitpunkt gewann die Dolchstoßrhetorik ihre Form, wobei sie sich in der Bewertung der Bürger im Hinterland als Verräter artikuliert; im Januar 1918 bezeichnete die Frontpresse schließlich die Streikenden als "Brüdermörder". Im Unterschied zu einer späteren Version der Dolchstoßlegende wurde den Soldaten jedoch eingeschärft, daß ein Sieg Deutschlands sogar dann möglich sei, wenn das Hinterland den Truppen seine Unterstützung verweigere. Neuere Untersuchungen zeigen, wie sehr sich der Inhalt der Dolchstoßlegende im Zuge der Ereignisse der Novemberrevolution, in der labilen Frühphase der Republik und in der Phase ihrer Stabilisierung veränderte, und wie sie in der Zeit des Nationalsozialismus instrumentalisiert wurde. Außerdem zeigt die Rezeption der Legende in unterschiedlichen gesellschaftlichen und ethischen Milieus, daß es viele "Dolchstöße" gegeben hatte.

Die Auseinandersetzungen über den "Dolchstoß" trugen auch unabhängig von der Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse weiterhin zur Destabilisierung der politischen Situation in der Weimarer Republik bei. 1924 wurde der erste Präsident der Republik, Ebert, vor Gericht gestellt und wegen seiner Teilnahme an Streikmaßnahmen im Januar 1918 des Hochverrats angeklagt. Nicht zuletzt diese Verhandlung war die Ursache für seinen frühen Tod. 1925, also nur ein Jahr später, fand in München der sogenannte "Dolchstoßprozeß" statt, der durch die Privatklage

des Herausgebers der Zeitung "Süddeutsche Monatshefte", P. Cossmann, gegen den Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung "Münchener Post", #. Gruber, initiiert wurde. Während der Gerichtsverhandlungen bestätigte General Wilhelm Groener, daß die Oberste Heeresleitung und die MSPD-Führung im November 1918 in Eintracht gehandelt und sich um die Rettung des Staates bemüht hatten. Auf diese Weise wurde die Haltlosigkeit der Legende vom verräterischen Dolchstoß der Sozialdemokratie juristisch nachgewiesen. Dies minderte jedoch nicht die Bedeutung dieses Mythologems als Waffe der Agitation gegen die Republik. Dies umso mehr, als im gleichen Jahr jener Mann zum Präsidenten gewählt wurde, der ihr zum Leben verholfen hatte, nämlich Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Die Dolchstoßlegende war auch für einige innenpolitische Maßnahmen des Dritten Reiches von Bedeutung. So hatte der Mythos von Deserteuren und Selbstsüchtigen, die im November 1918 zusammen mit dem revolutionären Hinterland der Armee angeblich den Stoß in den Rücken versetzt hatten, die Militärführung des nationalsozialistischen Deutschlands dazu veranlaßt, bereits 1934 das Militärtribunal wieder einzuführen, um einer Wiederholung der Novemberereignisse vorzubeugen.

Oksana Nagornaja

(Übersetzung aus dem Russ.: L. Antipow)

## **Quellen- und Literaturhinweise**

Barth, B., Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, 1914-1918, Düsseldorf 2003.

Drabkin, Ja., Problemy i legendy v istoriografii germanskoj revoluzii. 1918-1919, Moskau 1990.

Duppler, J., Groß, G. (Hg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999.

Heinemann, U., Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Jahr, Ch., Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918, Göttingen 1998.

Lipp, A., Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918, Göttingen 2003.

Sammet, R., Dolchstoß. Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1914-1918), Berlin 2003.

## **Erklärung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, 18. November 1919**

[...] Zeuge Generalfeldmarschall von Hindenburg: Bevor ich diese Frage beantworte, bitte ich die Grundlage für unser ganzes Denken, Tun und Handeln während der Kriegszeit im folgenden Abriß hier verlesen zu dürfen, denn aus dieser Grundlage ist alles herausgewachsen, was wir getan haben. [...]

Ich gebe nur historische Daten, halte es aber für unbedingt notwendig, dass ich sie in kurzem Abriß den Herren ins Gedächtnis rufe.

Als wir in die Oberste Heeresleitung traten, war der Weltkrieg zwei Jahre im Fluß. Die Ereignisse nach dem 29. August 1916 lassen sich nicht losgelöst vor diesem Datum denken.

Der Krieg, der 1914 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Rußland, Frankreich und Serbien, bald darauf England, Belgien und Japan andererseits begonnen hatte, hat an Ausdehnung zugenommen. 1915 griff Italien, 1916 Rumänien an der Seite unserer Gegner in den Kampf ein. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Die Räume dehnten sich ins Gigantische, die

Truppenmassen erreichten ungeahnte Stärken, die Technik gewann eine vorherrschende Bedeutung. Krieg und Weltwirtschaft griffen ineinander über wie nie zuvor. Das zahlenmäßige Verhältnis der Streitkräfte an Maschinen, Munition und wirtschaftlichen Hilfsmitteln war für uns, und zwar von Anfang an, so ungünstig wie möglich. Niemals wog der Wert der Imponderabilien des Krieges, der moralischen Qualität der Truppen, der Anforderungen an die zentrale und lokale Führung so schwer, niemals endlich war die Leistung der Minderheit so ungeheuer wie in diesem Kriege. Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die Oberste Heeresleitung Rechnung zu tragen; auf ihm ruhte unsere unablässige Arbeit. Getragen von der Liebe zum Vaterlande, kannten wir nur ein Ziel: Das Deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit Menschenkraft und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und es militärischerseits einem guten Frieden entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Bedingungen durchzuführen, mussten wir den unerschütterlichen Willen zum Siege haben. Dieser Wille zum Siege aber war unlöslich gebunden an den Glauben an unser gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, dass wir in dem ungleichen Kampfe unterlegen mussten, wenn nicht die gesamte Kraft der Heimat für den Sieg auf dem Schlachtfelde eingestellt wurde und die moralischen Kräfte des Heeres nicht dauernd aus der Heimat erneuert wurden. Der Wille zum Siege erschien natürlich nicht als eine Frage persönlicher Entschlossenheit, sondern als Ausfluß des Volkswillens. Hätten wir den Willen zum Siege nicht gehabt oder hätten wir ihn nicht beim Volke als selbstverständlich angesehen, so hätten wir das schwere Amt nicht übernommen. Ein General, der seinem Lande nicht den Sieg erstreiten will, darf kein Kommando übernehmen oder doch nur mit dem gleichzeitigen Auftrag, zu kapitulieren. Solchen Auftrag haben wir nicht erhalten. Wir hätten bei solchem Auftrag auch die Übernahme der Obersten Heeresleitung abgelehnt.

Der deutsche Generalstab ist in den Lehren des großen Kriegsphilosophen Clausewitz erzogen. Wir sehen demgemäß den Krieg immer nur als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln an, nämlich mit militärischen. Unsere Friedenspolitik hatte versagt. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten – [...] doch den größten, schwersten und unerbittlichsten, den die Geschichte je gesehen. Woran das gelegen hat, möge diese entscheiden. Ich weiß nur das eine mit absoluter Gewissheit: das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht, der Generalstab erst recht nicht, denn er kannte besser als sonst jemand unsere unendlich schwierige Lage in einem Kriege gegen die Entente. Daß die militärischen Zentralbehörden sich auf die Möglichkeit eines etwa unvermeidlichen Krieges vorbereiteten, war gewiß doch nur ihre Pflicht gegenüber dem Volke. Dazu waren sie da, und ebenso waren sie verpflichtet, im Falle der Unvermeidlichkeit eines Krieges und im Kriege selbst alle günstigen Chancen auszunutzen.

Wir faßten es als unsere vornehmste Aufgabe auf, den Krieg mit den militärischen Mitteln so schnell wie möglich und so günstig wie möglich zu beenden, um der Reichsleitung, sobald es irgend ging, es zu ermöglichen, die Geschicke des Landes wieder mit den normalen, friedlichen Mitteln der Politik zu bestimmen. Diese Auffassung ist natürlich; sie war maßgebend für die Führung des Krieges und bedarf keiner Erörterung. Im Weltkriege kam die Erkenntnis hinzu, die uns nicht eine Stunde verlassen hat, daß das Übergewicht der Feinde an lebendem und totem Kriegsmaterial so groß war, daß die Verluste an allen Werten ein solch beispielloses Ausmaß gewinnen mußten, auch bei relativ günstigem Kriegsausgange, daß diese Schwächung einem unglücklichen Kriegsausgang gleichkam. Wenn schon die Liebe zum Vaterlande und zum Volke uns zwang, den Krieg möglichst schnell zu beenden,

so wurde dieser Zwang durch den oben angegebenen Grund noch verstärkt.

Wir wußten, was wir vom Heere, der oberen und niederen Führung, nicht zuletzt von dem Mann im feldgrauen Rock zu fordern hatten, und was sie alle geleistet haben. Aber trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes konnten wir den ungleichen Kampf zu einem günstigen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre. Darin hatten wir das Mittel zum Siege der deutschen Sache gesehen, den zu erreichen wir den festen Willen hatten.

Doch was geschah nun? Während sich beim Feinde trotz seiner Überlegenheit an lebendem und totem Material alle Parteien, alle Schichten der Bevölkerung in dem Willen zum Siege immer fester zusammenschlossen, und zwar um so mehr, je schwieriger ihre Lage wurde, machten sich bei uns, wo dieser Zusammenschluß bei unserer Unterlegenheit viel notwendiger war, Parteiinteressen breit, [...] und diese Umstände führten sehr bald zu einer Spaltung und Lockerung des Siegeswillens. [...] Die Geschichte wird über das, was ich hier nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Damals hofften wir noch, daß der Wille zum Siege alles andere beherrschen würde. Als wir unser Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Reihe von Anträgen, die den Zweck hatten, alle nationalen Kräfte zur schnellen und günstigen Kriegsentscheidung zusammenzufassen; sie zeigten der Reichsleitung zugleich ihre riesengroßen Aufgaben. Was aber schließlich, zum Teil wieder durch Einwirkung der Parteien, aus unseren Anträgen geworden ist, ist bekannt. Ich wollte kraftvolle und freudige Mitarbeit, und bekam Versagen und Schwäche. [...]

Die Sorge, ob die Heimat fest genug bliebe, bis der Krieg gewonnen sei, hat uns von diesem Augenblicke an nie mehr verlassen. Wir erhoben noch oft unsere warnende Stimme bei der Reichsregierung. In dieser Zeit setzte die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die Wirkungen dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden; sie mußten die ganze Last des Kampfes tragen. [...]

Die Absichten der Führung konnten nicht mehr zur Ausführung gebracht werden. Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und strenge Gesetzgebung wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. [...] Ein englischer General sagte mit Recht: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.“ Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Seine Leistung ist ebenso bewunderungswürdig wie die des Offizierkorps. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruche des englischen Generals und in dem maßlosen Erstaunen unserer Feinde über ihren Sieg.

Das ist die große Linie der tragischen Entwicklung des Krieges für Deutschland nach einer Reihe so glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahlreichen Fronten, nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist. Diese große Linie mußte festgelegt werden, damit die militärischen Maßnahmen, die wir zu vertreten haben, richtig bewertet werden können.

Im übrigen erkläre ich, daß General Ludendorff und ich bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in voller Übereinstimmung gearbeitet haben. Wir haben Sorge und Verantwortung gemeinschaftlich getragen.

Wir vertreten somit auch hier Hand in Hand die Auffassungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916. [...]  
Hier nach: Stenographischer Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, Berlin 1919, S. 727-732.

## **Faksimile**

Die 18 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0026\\_dol.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0026_dol.pdf)

Datum: 20. September 2011 um 19:42:13 Uhr CEST.

© BSB München

---